

Bis zu zwei Jahre Gefängnis drohen

Vorsicht, Betrugsfalle! Wie Sie zum Geldwäscher werden, ohne es zu merken

Freitag, 19.02.2016



dpa/Patrick Pleul Geldwäscher versprechen ihren Opfern Geld, wenn sie Beträge per Bargeld-Transfer-Dienst weiterleiten.

Kriminelle Banden nutzen unscheinbare Privatleute zur Geldwäsche. Die Betroffenen sind sich oft gar keiner Schuld bewusst. Neuerdings haben sie auch Flüchtlinge im Visier. Während bei leichtfertiger Geldwäsche sogar Haftstrafen drohen, kommen die Ermittler an die Hintermänner kaum ran.

Sie brauchen nur ein Konto - und könnten "Geld verdienen wie im Schlaf". Von solchen Versprechen in Emails oder Anzeigen lassen sich immer mehr Menschen in Deutschland locken. Sie werden zu Geldwäschern - oft ohne sich einer Straftat bewusst zu sein. Dabei helfen die sogenannten Finanzagenten, im Internet ergaunertes, digitales Geld zu Barem zu machen.

"Ohne Finanzagenten hätten wir einen großen Teil der organisierten Computerkriminalität nicht", sagt Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU). Die Hauptstadt, bundesweiter Schwerpunkt dieser Kriminalitätsform, sagt "leichtfertiger Geldwäsche" den Kampf an.

Wie funktioniert die Taktik?

Kriminelle Banden hacken beispielsweise Ebay-Profile und geben vor, teure Elektronikgeräte zu verkaufen. Der Käufer zahlt auf das Konto eines leichtgläubigen Bürgers. Der hebt das Geld ab und übergibt es gegen eine Provision in bar an die Straftäter. Die verkaufte Ware kommt beim Käufer nie an. In anderen Fällen werden online geführte Girokonten gehackt und über "Finanzagenten" leergeräumt. Diese Geldwäsche sei "die Folgetat von Internetbetrug", der sonst kaum möglich wäre, sagt Berlins Justizsenator. Wo das Geld am Ende landet, lässt sich selten nachvollziehen.

Wer wird angeworben?

Besondere Zielgruppen sind sozial Schwache und Senioren, im Prinzip aber jeder Kontobesitzer. Auch in Datingportalen seien kriminelle Banden unterwegs, sagt Staatsanwalt Marcus Hartmann. Sie begännen online Beziehungen und nutzten die Leichtgläubigkeit einsamer Menschen aus. Sorgen macht den Berlinern in letzter Zeit vor allem, dass immer wieder Flüchtlinge als Geldwäscher umworben werden. Die meisten wüssten nicht, dass sie sich damit strafbar machten und riskierten, ihren Asylanspruch zu verlieren, sagt Heilmann. Die Landesregierung plant deshalb gezielte Aufklärungskampagnen.

Was passiert mit den "Finanzagenten"?

Die fliegen meist innerhalb weniger Tage auf. "Finanzagenten verbrennen relativ schnell", erläutert Hartmann. Zahlungen auf ihre Konten könne die Staatsanwaltschaft leicht zurückverfolgen. Außerdem hätten Banken eine Software, die Auffälligkeiten bei Überweisungen und Abhebungen erkennt. Ein Hartz-IV-Empfänger, der im Monat 20 Mal Geld überwiesen bekomme und dann gleich wieder abhebe, mache sich verdächtig, erläutert Heilmann. Wer sich leichtfertiger Geldwäsche schuldig mache, könne bis zu zwei Jahre ins Gefängnis kommen.

Sind es immer kleine Fische?

Nein. Die Staatsanwaltschaft unterscheidet zwischen "leichtfertigen Geldwäschern", die über solche Tricks angeworben werden und nur Geld bis zur Summe von etwa 5000 Euro waschen - und "gierigen" oder "vertrauensvollen" Geldwäschern, die das professionell betreiben und oft mit osteuropäischen und russischen Banden zusammenarbeiteten. Hier gehe es auch um hohe sechsstelligen Beträge. Die Finanzagenten bekämen bis zu 10 Prozent Provision, könnten also schnell mehrere zehntausend Euro verdienen.

Wie viele Fälle gibt es?

Allein in Berlin wurden nach Angaben der Justizverwaltung im vergangenen Jahr rund 300 Finanzagenten festgenommen. Computerbetrug sei eine der am stärksten wachsenden Kriminalitätsarten überhaupt, sagt Heilmann. Damit nähmen naturgemäß auch Geldwäsche-Delikte zu. Die Staatsanwaltschaft schätzt, dass bundesweit jedes Jahr ein «guter zweistelliger Millionenbetrag» an Schaden entsteht.

Was kann man dagegen tun?

"Die Hintermänner kriegen wir derzeit nicht", sagt Heilmann. Das liege auch daran, dass man bei Computerbetrug die Vorratsdatenspeicherung nicht auswerten dürfe, kritisiert der Senator. Im Moment wollen die Behörden vor allem durch Aufklärung verhindern, dass sich unbedarfte Bürger und vor allem Flüchtlinge anwerben lassen und als Geldwäscher missbraucht werden. Erschwert würde Geldwäsche auch durch die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorgeschlagene Bargeld-Obergrenze von 5000 Euro, sagt Heilmann. Doch dadurch würden unschuldige Bürger zugleich stark in ihrer Freiheit eingeschränkt.